

europ^aktuell



★ **Unsere Region in Europa** ★
★ **Europa der Bürger** ★

★ ★ ★ ★ Europaabgeordneter Hans-Peter Mayer informiert ★ ★ ★ ★

Liebe Europäerinnen und Europäer,

nahezu atemberaubend gewinnt die europäische Integration wieder an Fahrt. Das Europäische Parlament, die Kommission unter Romano Prodi und die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten setzen ehrgeizige Ziele. Seit Ende vergangenen Jahres tagt der Grundrechtskonvent, ein Gremium, das unter dem Vorsitz von Altbundespräsident Roman Herzog bis Ende dieses Jahres einen Entwurf für eine Europäische Grundrechtscharta ausarbeiten soll. Seit Mitte Februar wird mit insgesamt 12 Kandidatenländern über den Beitritt zur EU verhandelt. Gleichzeitig bemüht sich eine neue Regierungskonferenz, die Institutionen der Union an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Die Reform und Erweiterung der Union wird für den Oldenburger Raum Veränderungen bringen: Hergebrachte Strukturen geraten mehr und mehr unter den Druck des Binnenmarkts. Die Anpassung unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen an die neuen Gegebenheiten ist wichtig und wird von der EU mit entsprechenden Programmen gefördert. Mich erreichen täglich Anfragen zu diesen Förderprogrammen, die ich nach bestem Wissen bearbeite. Auch auf globaler Ebene wächst der Wettbewerbsdruck. Europa hat hier eine bessere Position als die einzelnen Mitgliedstaaten. Doch selbst innerhalb der EU stockt der Bin-

nenmarkt in etlichen Bereichen noch. Nach wie vor gibt es kein einheitliches Statut für die Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft. Nach langer Verzögerung bin ich jetzt als Berichterstatter des Parlaments für dieses Thema ernannt worden, und es ist mein Vorsatz, auf diesem Gebiet voranzukommen. Gleiches gilt für die Regelung über die Erschöpfung von Markenrechten, ein Thema, mit dem ich mich ganz aktuell befasse.

In Anbetracht der Tatsache, dass 80 Prozent der Gesetzgebung im wirtschaftlichen Bereich mittlerweile aus Brüssel kommen, unsere Bürger aber selten die dahinterstehenden Entscheidungsstrukturen kennen, freut mich sehr, dass ich seit meiner Wahl mehr als zehn Gruppen und viele Einzelpersonen in Brüssel oder Straßburg zu einem Besuch des Europaparlaments empfangen konnte. Die steigenden Zahlen der Anfragen zeigen, dass immer mehr Menschen in unserer Region von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen. Ich wünsche Ihnen alles Gute in diesen schönen Frühsommertagen

Vechta, im Juni 2000

Ihr

Hans-Peter Mayer



Aufgabe: Osterweiterung

Die Europäische Union steht an einem Angelpunkt in ihrer Geschichte: Vor der gewaltigen Aufgabe der Osterweiterung muss sie sich selbst intern reformieren und eine Antwort auf dringende Probleme der westeuropäischen Gesellschaften finden. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und europäischer Demokraten, mit 233 Abgeordneten aus allen EU-Mitgliedstaaten die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament, hat auf ihren Studientagen in Paris ihre Positionen zu den wichtigsten Herausforderungen an die europäische Politik ausgearbeitet. Die mehrtägige Debatte konzentrierte sich auf die Themen Europäische Grundrechtscharta, institutionelle Reform und Erweiterung sowie die Prioritäten für die internationale Handlungsfähigkeit der Union.

Eine Europäische Grundrechtscharta sollte allen Bürgern gesicherte Grundrechte gewähren. Sie sollte in die Verträge der EU integriert werden und allen Bürgern die Möglichkeit geben, den Europäischen Gerichtshof anzurufen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Schaffung der europäischen Identität der Bürger. Dabei spielt auch die institutionelle Reform eine Rolle, die durch eine Ausweitung der Beteiligung des Europäischen Parlaments und erleichterten Zugang der Öffentlichkeit zu Sitzungsprotokollen des Rats mehr Demokratie und Transparenz bringen soll.

International muss die EU eine aktivere Rolle im Bereich der internationalen Sicherheit übernehmen und im Falle von Naturkatastrophen in koordinierter Weise humanitäre Hilfe leisten. Für

die wirtschaftliche Entwicklung in der Union sind fiskalische und unternehmensrechtliche Reformen unumgänglich. Innovation, Unternehmensgründungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze werden nicht durch Beschäftigungsprogramme gefördert, wie sie von der portugiesischen Ratspräsidentschaft befürwortet werden, sondern durch Deregulierung. Dies bedeutet: Abschaffung unnötiger bürokratischer Vorschriften und wettbewerbsfeindlicher Praktiken. Es sollte möglichst wenig reguliert werden.

Programm für die Jugend

Lebenslanges Lernen ist das Hauptziel des europäischen Aktionsprogramms Jugend. Die EU möchte zur Schaffung eines „Europäischen Bildungsraums“ beitragen und die Solidarität zwischen Jugendlichen grenzüberschreitend fördern.

Über die Finanzausstattung des Programms kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem europäischen Parlament und dem Rat. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft der Regierung Schröder hatten sich die Regierung und Mitgliedstaaten für das Programm im Juni 1999 auf ein Budget von nur 350 Mio. Euro geeinigt. Das war dem Parlament nicht genug. Es forderte mehr Geld und setzte dies in einem Vermittlungsverfahren auch durch. Nun umfasst das Budget 520 Mio. Euro für eine Programmlaufzeit von 2000 bis 2006. Damit wird sich die Zahl der vom Programm erfassten Jugendlichen spürbar erhöhen.

Zu Besuch in Brüssel

Europaabgeordnete sind Volksvertreter auf europäischer Ebene. Wer sehen möchte, wie sie in Brüssel oder Straßburg arbeiten, hat die Möglichkeit, zu einem Besuch in das Europäische Parlament zu kommen und mit den Abgeordneten über politische Fragen zu diskutieren. Von Februar bis April haben davon mehrere kleinere Gruppen Gebrauch gemacht und sind zu Ausschusssitzungen nach Brüssel gekommen. Daneben war Ende Februar eine Studentengruppe von der Hochschule Vechta in Brüssel, Ende März eine Gruppe von der Frauen-Union Vechta-Langförden, Anfang April eine Gruppe vom BDKJ-Landesverband Oldenburg. Ende Februar waren die Sanktionen gegen Österreich gerade das Top-Thema. Das Europäische Parlament hatte in einer Resolution - gegen die Stimmen der deutschen CDU/CSU - die Regierungsbildung aus ÖVP (Österreichische Volkspartei) und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) verurteilt und war damit auf den vom mehrheitlich sozialdemokratisch bestimmten Kurs des Rats eingeschwenkt. Dieses Thema interessierte die Studenten der Hochschule Vechta besonders. Der Besuch im Parlament gab ihnen die

Möglichkeit, mit Ursula Stenzel, der Vorsitzenden der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament, zu diskutieren. Dabei ging es vor allem um die Frage, inwiefern die Staaten Westeuropas eigentlich noch „autonom“ oder „souverän“ sind. Eine derartige Einmischung in innere Angelegenheiten von außen wäre nach der klassischen Staatslehre nämlich undenkbar.

Die Frauen-Union Vechta-Langförden interessierte sich vor allem für die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments und für den Alltag eines Europaabgeordneten.

Jugendpolitik war das Thema des Besuches der Gruppe vom BDKJ-Landesverband Oldenburg. Im Rahmen des Besuches im Parlament konnte die Gruppe eine Sitzung des Ausschusses für Freiheiten und Rechte der Bürger verfolgen und im Anschluss mit meiner Kollegin Ewa Klamt, Mitglied im Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport über die europäische Jugendpolitik und Programme im Jugendbereich diskutieren.

Mein Büro in Vechta ist Ansprechpartner für organisatorische Unterstützung bei Besucherfahrten.

Impressum:

Hans-Peter Mayer

Europabüro

Bahnhofstraße 1 Tel.: 0 44 41/92 29 29

49377 Vechta Fax: 0 44 41/92 29 30

E-mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament

Büro 15 E154

Rue Wiertz Tel.: 00 32-2-2 84 79 94

B- 1047 Bruxelles Fax: 00 32-2-2 84 99 94

E-mail: hmayer@europarl.eu.int

Mit freundlicher Unterstützung der
Vechtaer Druckerei und Verlag, Vechta



Vertreter des Bundes Deutscher Katholischer Jugend (BDKJ) besuchten den CDU-Europaabgeordneten Professor Dr. Hans-Peter Mayer in Brüssel und ließen sich über aktuelle Themen Europas aus „erster Hand“ informieren.

